

# Narrative in der Politik

Die Politik wird von den Vorstellungen über die Machtverhältnisse bestimmt; diese werden systematisch verzerrt. Bestimmte Narrative, die von Politik bevorzugt werden - aber sachlich wenig Gehalt haben - und andere, die im öffentlichen Diskurs nicht vorkommen aber tatsächlich wirkende Mechanismen beschreiben, können unterschieden werden. Welche Rolle spielen gewählte Politiker, was ist ihre Aufgabe und wie nehmen sie diese wahr.

4. August 2023

## Inhaltsverzeichnis

<i>Wirtschaftspolitik ist durch Narrative geprägt</i>	2
<i>Wirtschaftspolitik setzt wirtschaftswissenschaftliche Theorie um</i>	2
Theorien	2
Narrative	3
<i>Ineffiziente Staatsbetriebe: Einnehmende Narrative führen zu ähnlichen Entscheidungen in vielen Ländern</i>	3
<i>Verminderung von Kosten durch Investition</i>	3
<i>Informationstechnologie vermindert Kosten</i>	4
<i>Auslagerung der Produktion</i>	4
<i>Datenbank-Illusion</i>	4
<i>Die Wirkung von Narrativen in der Gesellschaft</i>	6
1980 Thatcher: Staatsbetriebe sind Ineffizient	6
1980: Reaganomics	7
1990 Bush: Ausgeglichener Haushalt	7
2000: Banken müssen gerettet werden	7
2023: Die Staatskassen sind leer und darum kann ein Inflationsausgleich nicht finanziert werden	8

<i>Narrative, die von der Politik ignoriert werden</i>	9
<i>Macht von Eigentümern von Zeitungen ist gefährlich</i>	9
<i>Das österreichische Beispiel</i>	9
<i>Vergrößerung der Geldmenge produziert Inflation</i>	10
<i>Einschränkungen der Tätigkeit von Lobbys</i>	10
<i>Return on investment für Lobby-Tätigkeit</i>	11
<i>Aufwendungen von Firmen in Brüssel . . . . .</i>	11
<i>Politiker verkaufen Interventionen . . . . .</i>	11
<i>Aufwendungen von Gebrüder Koch in USA</i>	11
<i>Besteuerung von Immobilien</i>	11
<i>Narrative, die zur Verwirrung dienen</i>	13
<i>Wenn das Wasser steigt werden alle Schiffe gehoben</i>	13
<i>Erkannte Probleme können mit Regeln gelöst werden</i>	13
<i>Finanzkrisen als Anwendung</i>	14
<i>Technologiefirmen produzieren die Innovationen, die uns weiterbringen</i>	15
<i>Besteuerung nach Leistungsfähigkeit</i>	16
<i>Steuern sind progressiv</i>	17
<i>Trennung Lohnsteuer, Lohn-Nebenkosten und Sozialabzüge</i>	17
<i>Steuertarif und Ausnahmen</i>	18
<i>Wichtige Themen, die Aufmerksamkeit verdienen würden</i>	19
<i>Korruption</i>	19
<i>Falsche Ernährung</i>	19
<i>Schulsystem</i>	20
<i>Einfluss von Geld auf das politische System</i>	20
<i>Privatisierung öffentlicher Güter</i>	20
<i>Zerstörung sozialer Systeme</i>	20
<i>Inflation wird zum dominanten Narratio</i>	21
<i>Landläufiger Begriff der Inflation</i>	21
<i>Theoretischer Unterbau</i>	22
<i>Messung der Inflationsrate</i>	23

<i>Geldpolitik</i>	24
<i>Theoretischer Zusammenhang zwischen Geldmenge, Leitzins und Inflation</i>	24
<i>Entwicklung 2000 bis 2020</i>	24
<i>Beobachtungen</i>	25
<i>Entwicklung ab 2022</i>	25
<i>Inflation als Thema in der Politik</i>	26
<i>Diskutierte Massnahmen</i> . . . . .	26

Neben der realen Macht spielt die von der Bevölkerung wahrgenommene scheinbare Macht eine grosse Rolle. Die Wahrnehmung von Macht in einem vorgestellten rationalen System von *Gerechtigkeit* wird von Narrativen, d.h. Erzählungen, die den Fakten ein Gesicht geben, bestimmt.

1. Wirkung von Narrativen - die dominanten Narrative der Epoche
  1. Das konfuse Narrativ der Inflation
  2. Systematisch ignorierte Narrative
  3. Narrative, die nur für Verwirrung sorgen.
  4. Was wäre wichtig zu diskutieren? (nur Skizze)

# Wirtschaftspolitik ist durch Narrative geprägt

Politiker machen ein wirtschaftspolitisches Argument der Wissenschaft zu einer Wirtschaftspolitik, die sie umsetzen. Damit wird oft eine halb richtige, unvollständige Theorie mit unbeabsichtigten Folgen umgesetzt.

*Wirtschaftspolitik setzt wirtschaftswissenschaftliche Theorie um*

Wirtschaftspolitik setzt wirtschaftswissenschaftliche Theorie um

Politiker wählen eine wirtschaftswissenschaftliche Theorie und setzen sie um. Wirtschaftswissenschaftliche Theorien entstehen durch Analyse von beobachteten oder angenommenen Mechanismen, die mehr oder weniger gut beobachtete oder vermutete Veränderungen erklären.

Politiker wählen für ihre Wähler attraktive und überzeugende Theorien aus und machen daraus eingängige Narrative<sup>1</sup>. Dem Narrativ entsprechend<sup>2</sup> werden Massnahmen gesetzt und die zum Narrativ passenden Ergebnisse als Erfolg der Politiker verkauft. Andere Entwicklungen werden heruntergespielt und durch *besondere, nicht vorhersehbare* Einflüsse erklärt.

## Theorien

Theorien

Wirtschaftswissenschaftliche Theorien waren zumindest bis Ende 20. Jahrhunderts relativ einfach. Das einflussreiche Textbuch<sup>3</sup> erklärte Wirtschaft mit Modellen mit wenigen Parametern. Simulationen dynamischer Systeme wurden Mitte der 1950 durch neue Computer praktisch möglich<sup>4</sup> und 1972 mit *Limits to Growth*<sup>5</sup> popularisiert aber damals nur wenigen praktisch zugänglich.<sup>6</sup>

Die dynamische Theorie, wie sie z.B. Reagonomics zugrunde liegen, ist aus heutiger Sicht extrem vereinfacht und darum als Narrativ geeignet, war aber wohl komplexer als die von seinem Nachfolger Bush<sup>7</sup>, der ein statisches Model propagierte: der ausgeglichenen Haushalt.

<sup>1</sup> z.B. Reagonomics, Thatcherism oder auch New Labour

<sup>2</sup> nicht unbedingt der zugrundeliegenden Theorie

<sup>3</sup> Samuelson1967

<sup>4</sup> Jay Forrester, MIT

<sup>5</sup> Meadows1972

<sup>6</sup> Dynamic simulation hat wohl erst in der Bankenkrise 2007 in der Wirtschaftswissenschaft Anwendung gefunden.

<sup>7</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/George\\_H.\\_W.\\_Bush](https://de.wikipedia.org/wiki/George_H._W._Bush)

-clearpage -

Reagan hat propagiert, dass durch Steuersenkungen die Wirtschaft angekurbelt würde und dass dadurch die Steuereinnahmen zunehmen würden und so die Verluste durch die Steuersenkungen ausgeglichen würden – ein dynamisches Modell.<sup>8</sup>

## Narrative

### Narrative

Aus vereinzelt Beobachtungen werden vereinfachende Regeln gebildet, die dann umgesetzt werden. Dass die erwarteten Ergebnisse nicht, oder nicht in der erwarteten Masse eintreffen, hindert nicht den Glauben an die Regel.<sup>9</sup>

## Ineffiziente Staatsbetriebe: Einnehmende Narrative führen zu ähnlichen Entscheidungen in vielen Ländern

Ineffiziente Staatsbetriebe: Einnehmende Narrative führen zu ähnlichen Entscheidungen in vielen Ländern

Das Narrativ der *ineffizienten Staatsbetriebe* scheint überall glaubhaft und für Politiker attraktiv, auch wenn es einer objektiven Überprüfung nicht standhält.<sup>10</sup>

Ein glaubhaftes und politisch überzeugendes Narrativ führt bei Entscheidungsträgern überall zu ähnlichen Entscheidungen. Findet man später, dass die Entscheidungen andere als die gewünschten Effekte hatten und dass sie starke unerwünschte Effekte hatten<sup>11</sup> so sind diese Entscheidungen durch das verbreitete Narrativ genügend entschuldigt und die unerwünschten Effekte als *unvorhersehbar* abgetan.<sup>12</sup>

## Verminderung von Kosten durch Investition

### Verminderung von Kosten durch Investition

Betriebswirtschaftliche Beratungen, die in Grossbetrieben in letzter Zeit zunehmen, da in Grossbetrieben möglichst niemand Verantwortung übernehmen will und Entscheidungen auf Unterlagen von Beratern abgestützt werden, können in Zeiten mit niedrigen Kapitalzinsen leicht zeigen, dass Investitionen ihre Kosten durch verringerte Ausgaben rasch einspielen; dies gilt insbesondere in Ländern mit hohen Lohn- und Lohnnebenkosten.<sup>13</sup>

Diese betriebswirtschaftliche Argumentation, die im allgemeinen einer späteren Überprüfung nicht standhält weil Externalitäten nicht berücksichtigt sind, führt zu unnötigen Investitionen und im allgemeinen zu einer erhöhten Geschwindigkeit der Veränderung. Die sozialen Kosten der Veränderung sind nicht berücksichtigte Externalitäten, die dann durch öffentliche Aufwendungen gedeckt werden.

<sup>8</sup> Ich nehme an, dass Niskanen [[https://en.wikipedia.org/wiki/William\\_A.\\_Niskanen](https://en.wikipedia.org/wiki/William_A._Niskanen)], der Reagan beraten hat und vorher bei RAND Corp. mathematische Modell angewandt hat, mit der Methoden von Forrester vertraut war. Niskanen scheint in *Peculiar Economics of Bureaucracy* (niskanen1968peculiar) Forrester zu zitieren.

<sup>9</sup> Die europäische Zentralbank hat von 2008 an versucht durch niedrige Zinsen die Konjunktur anzukurbeln und hat eine langsame Zunahme der Inflation erwartet. Diese ist ausgeblieben aber statt zu prüfen, warum das theoretisch erwartete Ergebnis nicht eingetroffen ist hat man die Null-Zins-Politik Jahre weitergeführt, bis dann die Inflation durch andere Ereignisse plötzlich aufgetreten ist.

<sup>10</sup> Dass Staatsbetriebe oft ineffizient agieren unterscheidet sie nicht von ebenfalls ineffizient agierenden andern Grossbetrieben, der Einfluss auf die Effizienz dürfte eher mit der Grösse als mit dem Eigentümer erklärbar sein.

<sup>11</sup> Z.B. Vergrösserung der Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen

<sup>12</sup> Eine *geheimer Plan*, Vereinbarung oder Anweisung ist nicht erforderlich.

<sup>13</sup> Hohe Lohnnebenkosten tauchen in Ländern auf, bei denen die Ausgaben des Staates vor allem durch Steuern auf Löhnen gedeckt werden; in Österreich decken Steuern auf dem Einkommen, Sozialabgaben und Steuern auf Waren etwa je ein Drittel der Staatsausgaben; d.h. 2/3 der Staatsausgaben werden auf Einkommen überwältigt. [orfstatistik](http://orfstatistik)

## *Informationstechnologie vermindert Kosten*

### Informationstechnologie vermindert Kosten

Es wird prinzipiell angenommen, dass Geschäftsabläufe, die computer-gestützt ablaufen weniger Kosten verursachen als traditionelle. Die *automatisierten* Abläufe erzeugen mehr Daten, die vom Management gewünscht (aber oft nicht verwendet wird). In vielen Fällen, werden Kosten, z.B. der Datenerfassung von internen Kostenstellen zu externen Stellen verschoben und damit von andern getragen.

## *Auslagerung der Produktion*

### Auslagerung der Produktion

Einfache Rechnungen in Ländern mit hohen Stückkosten<sup>14</sup> scheint eine Verlagerung der Produktion in Ländern mit niedrigeren Lohnkosten<sup>15</sup> eine Verbilligung der Produktion und damit einen Kostenvorteil zu realisieren<sup>16</sup>. Leider lassen solche einfachen Rechnungen viele Faktoren ausser Betracht:

- Kosten des Transportes von Materialien und Fertigprodukte,
- Kosten der ausländischen staatlichen Administration<sup>17</sup>,
- Längere Liefer- und Reaktionszeiten bei Änderungen der Nachfrage,
- Ausbildung der Arbeitnehmer, etc.

Vollständig ausser acht gelassen wird schliesslich, dass

- im Ausland mit der Ausbildung auch eine Konkurrenz entsteht, die den Absatz der eigenen Marke behindern könnte, und
- ohne lokale Produktion die letzten Feinheiten bei der Entwicklung und Verbesserung eines Produktes verlorengehen.

Es wird oft angenommen, dass ein Neuaufbau von Produktion nach einigen Jahren ohne lokale Produktion praktisch nicht mehr möglich, weil zu viel des handwerklichen Wissens verloren gegangen ist.<sup>18</sup>

## *Datenbank-Illusion*

### Datenbank-Illusion

Es ist immer wieder, besonders im Hinblick auf räumliche Daten<sup>19</sup> aber eigentlich auf alle Daten, die in einer Firma gesammelt und laufend gehalten werden, beobachtet, dass die gleichen Änderungen an vielen Stellen mit dupliziertem Aufwand gemacht werden<sup>20</sup>. Es scheint, dass dieser Aufwand verringert werden kann, wenn die Verzeichnisse zentral geführt und allen Abteilungen, die die Daten benötigen, zur Verfügung gestellt werden. Datenbank-Technologie erreicht das.

Es wird aber nicht berücksichtigt, dass wenn in zwei Datensammlungen eine Information gleich beschrieben wird, auch die gleiche

<sup>14</sup> Lohn und - Nebenkosten

<sup>15</sup> Und meist geringerem Schutz der Arbeitnehmer, niedrigeren Lohnnebenkosten etc.

<sup>16</sup> der einen höheren Gewinn oder eine Verminderung des Verkaufspreises und damit eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit bringt.

<sup>17</sup> Inklusive Schmiergeldzahlungen

<sup>18</sup> Ich würde argumentieren, dass in solchen Fällen das lokal vorhandene Wissen von den Firmeninhabern, die die Produktion ins Ausland verlegt haben, *verkauft* wurde.

<sup>19</sup> Clapp<sup>1988</sup>

<sup>20</sup> Klassische Beispiel ist der Umzug einer Privatperson, der in vielen Verzeichnissen nachgeführt werden muss.

Semantik vorliegt; die Datensammlungen werden zu einem bestimmten Zweck angelegt und wenn der Zweck der zwei Datensammlungen differiert, so wird auch die detaillierte Bedeutung der Information, differieren.<sup>21</sup>

<sup>21</sup> Werden in zwei Datenbanken Informationen unter Adresse abgelegt, so kann, je nach beabsichtigter Nutzung der Datensammlung die Post-Zustell-Adresse, die Strassen-Adresse für Besucher oder Lieferanten, oder gar die offizielle Adresse des Gebäudes sein. In vielen Fällen stimmen diese überein, aber nicht immer. Werden die Differenzen bei der Analyse übersehen, so verkehren sich die erwarteten Einsparungen ins Gegenteil.

# Die Wirkung von Narrativen in der Gesellschaft

Das Verständnis der komplexen Abhängigkeiten der Prozesse, die eine Gesellschaft verändern, ist sehr begrenzt. Wissen wird oft durch Ahnung oder Wunschdenken ersetzt, wirkt aber, wenn es als überzeugende Erzählung kommuniziert werden kann, zur Veränderung der Gesellschaft.

Unter **Narrativ** verstehe ich zusammenfassend alle, meist sprachlich kommunizierte Erklärungsmuster, die gesellschaftliche Prozesse beeinflussen. Mich interessieren vor allem Narrative, die Prozesse zur Veränderung der Gesellschaft beeinflussen, insbesondere der Politik.<sup>22</sup>

Aus vereinzelt Beobachtungen werden vereinfachende Regeln gebildet, die dann umgesetzt werden. Dass die erwarteten Ergebnisse nicht, oder nicht in der erwarteten Masse eintreffen, hindert nicht den Glauben an die Regel.

Oft wird das Narrativ durch eine wirkliche oder erfundene Geschichte, mit Handlungen und Wirkungen, kommuniziert.<sup>23</sup>

Ich werde mich hier auf Narrative beschränken, die in der Zeit seit dem 2. Weltkrieg wirkten.

## 1980 Thatcher: Staatsbetriebe sind Ineffizient

1980 Thatcher: Staatsbetriebe sind Ineffizient

Thatcher hat für ihre Regierungszeit massive die Umwandlung von Staatsbetrieben in Privateigentum befördert. Sie ging von der *Erkenntnis* aus, dass **Staatsbetriebe ineffizient und Privatbetriebe effizient arbeiten**, wofür es kaum belastbare Evidenz gibt.<sup>24</sup>

Der Privatisierung in Zeit von Thatcher geht davon aus, dass Privatbetriebe wesentlich effizienter als Staatsbetriebe die gleichen Leistungen erbringen können<sup>25</sup>. Es gelingt meist, an einem Beispiel oder gar nur an einem Aspekt zu zeigen, dass ein Staatsbetrieb ineffizient produziert.

Die im UK durchgeführten Privatisierungen schienen auf den ersten Blick das Narrativ zu bestätigen. Die Royal Mail wurde mit einem Eröffnungskurs von 330p und über die nächsten Monate stieg er um 87%, danach setzte aber die Realität einer grossen Verwaltung ein und liegt seither unter dem Ausgabekurs<sup>26</sup>. Die Anleger haben Geld verloren, der Betrieb ist teurer als behauptet und ich

<sup>22</sup> Im Sinne der Regelung der Verteilung von Gütern in einer Gesellschaft.

<sup>23</sup> Haben politische Narrative ähnliche Strukturen wie Märchen und Fabeln?

<sup>24</sup> Dass durch die Veräusserung von Staatsbetrieben grosse Summen in die Kasse gespült wurden und damit das Budget-Defizit verringert wurde, war ein - wohl erwünschter - Nebeneffekt.

<sup>25</sup> Zufällig gefunden: [FAZ](#) oder 2019 immer noch [Kurier](#)

<sup>26</sup> Mai 2023: 253p

nehme an, dass die Leistungen und deren Qualität abgenommen haben.

Ähnliches zeigen die Privatisierungen der Eisenbahnen im UK: die Billigstpreise sind stark gestiegen, das Angebot reduziert und die Zuverlässigkeit stark vermindert. Auch in Deutschland ist die Bahn als Aktiengesellschaft organisiert aber im Eigentum des Bundes; die Probleme sind aber im wesentlichen dieselben: Hohe Preise, viele Verspätungen und Ausfälle von Zügen.

### *1980: Reaganomics*

1980: Reaganomics

Der Wirtschaftspolitik von Reagan lag ein erstaunlich theoretisches komplexes, dynamisches Modell zugrunde, nachdem Steuerreduktionen die Wirtschaft so stark anstossen würde, dass die Ausfälle wettgemacht würden.

Das Modell wurde heftig kritisiert, auch von Ökonomen, denen die Argumentation abenteuerlich schien, hat aber, wenn man heute die Wirtschaftsdaten der 8 Reagan Jahre mit den Jahren zuvor vergleicht, relativ gut funktioniert. Die Reagan Administration hat mehr Wirtschaftswachstum und weniger Schuldenwachstum erzielt, als die Jahre davor.<sup>27</sup>

<sup>27</sup> <https://en.wikipedia.org/wiki/Reaganomics>

### *1990 Bush: Ausgeglichener Haushalt*

1990 Bush: Ausgeglichener Haushalt

Reagans Nachfolger hat die komplexe Theorie hinter Reaganomics als *voodoo economics* verschrien und durch die einfachere und entsprechend viel unrealistische Politik von *Sparen* ersetzt. Er erreichte keine Wiederwahl weil die Wirtschaftsdaten in den USA nicht positiv waren.

### *2000: Banken müssen gerettet werden*

2000: Banken müssen gerettet werden

Es ist allgemeines Wissen, dass Liquiditätsprobleme bei Banken, wenn nicht gar deren Insolvenz, sich auf die mit der Bank verbundenen andern Banken und Betriebe auswirken kann. Seit mindestens 2000 ist bekannt, dass einige Banken so gross sind, dass sie nicht in Konkurs gehen können: *Too Big To Fail*<sup>28</sup>. Mit dieser Qualifikation ist ein *moral hazard*<sup>29</sup> gegen, weil Anreize entstehen, Risiken zu übernehmen, die wenn die Sache gut ausgeht, für die Bank grossen Gewinn versprechen, wenn es schlecht geht, die Kosten durch die Allgemeinheit übernommen werden.

<sup>28</sup> 2011Tfci

<sup>29</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Moral\\_hazard](https://en.wikipedia.org/wiki/Moral_hazard)

*2023: Die Staatskassen sind leer und darum kann ein Inflationsausgleich nicht finanziert werden*

2023: Die Staatskassen sind leer und darum kann ein Inflationsausgleich nicht finanziert werden

Das Verlangen der gewerkschaftlich vertretenen Arbeitnehmer auf Ausgleich der inflationsbedingten Verluste bei den Löhnen wird von der Politik als nicht finanzierbar abgelehnt. Es wird auf die leeren Staatskassen hingewiesen und damit ein nur teilweiser Ausgleich der Inflation vorgeschlagen; die Arbeitnehmer sollen ihre verminderten Löhne hinnehmen.

Die Argumentation vermeidet den Hinweis, dass die Steuereinnahmen zumindest proportional zur Inflation zunehmen und dem Staat demnach der Ausgleich der Inflation bei den Arbeitnehmern ohne weiteres möglich wäre.<sup>30</sup>

Es ist zu beobachten, wie besonders im UK, wo die Inflation in Europa am höchsten scheint, Abschlüsse für die niedrig bezahlten, grossen Massen von Spitalpersonal, Lehrer und Bahnmitarbeiter unter, teilweise weit unter dem Ausgleich der Inflation angeboten und akzeptiert wurden. Das hat einen Verlust an Kaufkraft dieser Gruppen und damit auch weiter reichende Folgen für einerseits die Geschäfte, die diese Familien versorgen, und andererseits für die sozialen Dienste, die von diesen Familien in erhöhtem Mass beansprucht werden.

<sup>30</sup> Dem steht nur das Ziel des Sparens beim Staat entgegen, das sich libertäre Denker verschrieben haben [[https://de.wikipedia.org/wiki/Cato\\_Institute](https://de.wikipedia.org/wiki/Cato_Institute)]

## *Narrative, die von der Politik ignoriert werden*

Bestimmte Wirkungszusammenhänge werden beobachtet, mehr oder weniger dokumentiert und ihre Folgen beschrieben. Dennoch werden sie von den Politikern ignoriert und Massnahmen, um unerwünschte Effekte zu vermeiden, nicht gesetzt.

So oft wie Narrative von Politikern benützt werden, um Massnahmen zu setzen, die zu den, nach dem Narrativ zu erwartenden Ergebnis, führen sollen, gibt es andere Narrative, die nicht schlechter dokumentiert und deren Effekte ebenso bekannt sind, die aber von Politikern nicht aufgegriffen werden und keine Massnahmen zum Erreichen der hier erwarteten Effekt gesetzt.

Einige Beispiele ignoriertes Narrative:

### *Macht von Eigentümern von Zeitungen ist gefährlich*

Macht von Eigentümern von Zeitungen ist gefährlich

In verschiedenen Ländern haben einzelne Personen als Eigentümer von wichtigen Zeitungen, Rundfunksendern oder Fernsehnetzen grossen Einfluss. Trotz regelmässiger Kritik und einem offensichtlichen Narrativ, das immer wieder mit neuen Beispielen gefüttert wird, vermeiden Politiker ernsthafte Schritte zur Beschränkung des Einflusses zu setzen - Korrekterweise, weil sie wissen, dass sie dadurch im kontrollierten Medium blosgestellt würden und jede Chance auf Wiederwahl verloren haben.

Besonders aufgefallen ist mir:

- Berlusconi mit seinen privaten Fernsehkanälen (und zeitweise auch die staatlichen kontrollierend)

### *Das österreichische Beispiel*

Die Familie Dichand ist zumindest teilweise Eigentümer der wichtigsten Tageszeitungen in Österreich<sup>31</sup> und beanspruchen einen entsprechenden Einfluss auf österreichische Politik.

Seit etwa 1980 hat die Stadt Wien die umtriebigen Gebrüder Fellner<sup>32</sup> mit Werbeaufträge unterstützt. Die Brüder starteten 1990 das Magazin NEWS und danach weitere Magazine und schliesslich 2005 die Tageszeitung **Österreich**<sup>33</sup> die vor allem als Gratiszeitung in Wien verteilt wird.

<sup>31</sup> Kurier und Kronenzeitung

<sup>32</sup> Die zwei haben als Schüler 1968 den Rennbahn-Express gegründet und rasch, noch als Minderjährige, zu einem in ganz Österreich vertriebenen Schülerzeitung gemacht, 2000 an Kurier verkauft. Das Magazin wurde erst 2013 eingestellt.

<sup>33</sup> Wolfgang Fellner allein

Seit Jahren wird die sehr aufwendige Werbung der Stadt Wien, für die kaum eine Begründung besteht, kritisiert und es ist verschiedentlich versprochen worden, das Budget zu reduzieren und die Verteilung weniger *Boulevard* lastig<sup>34</sup> zu gestalten. Auch 2022 ist das Ziel der Reduktion der Aufwendungen nicht erreicht worden<sup>35</sup>.

Die Erhaltung des Goodwills auf Seiten der Verlage ist offensichtlich für die SPÖ Wien wichtiger. Inzwischen hat die ÖVP im Bund ähnliche Methoden zur Besänftigung der Medien ergriffen...

### *Vergrößerung der Geldmenge produziert Inflation*

Vergrößerung der Geldmenge produziert Inflation

Die Vorstellung, dass durch eine Vergrößerung der Geldmenge die Nachfrage nach Gütern zunimmt und auf eine gleichgrosse Produktion trifft und damit zu Preiserhöhungen führt, ist eingängig und volkswirtschaftlicher Standard<sup>37</sup>. Zentralbanken argumentieren allenfalls, dass die Geldmenge aus der Geldnachfrage bei gegebenem Zinssatz resultiert.

Unstrittig ist, dass zwischen Geldmenge und Inflation ein enger Zusammenhang besteht. Zentralbanken setzen sich ein Inflationsziel<sup>38</sup> und erhöhen den Zinssatz, wenn die Inflationsrate über diese Ziel hinaufgeht; das sollte dann die Nachfrage nach Geld und damit die Geldmenge vermindern.

Seit 2000 hat die Europäische Zentralbank die Geldmenge stetig erhöht, von 2 Bio auf 9.2 Bio Euro, mit teilweise negativen Leitzinsen. Die Inflation hat sich erst 2022 eingestellt, die dann durch rasch ansteigenden Zins bekämpft wurde.

Die Entscheide der EZB, den Leitzins tief zu halten auch wenn sich die erwartete Inflation über zwei Dekaden nicht eingestellt hat, hätte EZB und Politik zu einem Überdenken des Modells veranlassen müssen.

Meiner Meinung nach haben die niedrigen Leitzinsen und die daraus folgende Erweiterung der Geldmenge ihren Weg in Finanzanlagen von Superreichen und den Banken- und Immobiliensektor gefunden. Die Kurse von Wertpapieren stieg<sup>39</sup> und die Preise von Immobilien nahmen etwa wie die Geldmenge zu<sup>40</sup>. Die Preissteigerungen in diesen Märkten wirken sich aber nicht in der Berechnung der Inflation aus. Erst als durch den Ukraine-Krieg Begründungen für Preissteigerungen im indexwirksamen Bereichen<sup>41</sup> auftraten und sich durch alle andern Warengruppen fortpflanzten, wurde eine Inflation zwischen 8 und 12% in europäischen Ländern gemessen.

### *Einschränkungen der Tätigkeit von Lobbys*

Einschränkungen der Tätigkeit von Lobbys

Eine riesige Industrie ist bemüht, ihren wirtschaftspolitischen Argumenten im Gesetzgebungsprozess Gehör zu verschaffen. Es ist scheinbar lohnend, Aufwand zu treiben, damit Regeln zum Vorteil eines Unternehmens oder einer Branche ausfallen<sup>42</sup>.

<sup>34</sup> d.h. zu Gunsten Dichand und Fellner

<sup>35</sup> Aber Teile des Werbeaufwandes wurden über andere Konten abgerechnet <sup>36</sup> (<https://www.derstandard.at/story/2000145300526/wien-als-anzeigenkaiser-die-werbeflüsse-aus-dem-roten->

<sup>37</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Geldmenge>

<sup>38</sup> EZB 2%

<sup>39</sup> Z.B. DAX von 2200 Zählern 2003 auf 12 000 Zählern 2015

<sup>40</sup> Was die Theorie bestätigen würde.

<sup>41</sup> Energie, Ernährung

<sup>42</sup> Oder Regeln, die das Geschäft behindern würden, nicht oder nur verspätet in Kraft treten.

### *Return on investment für Lobby-Tätigkeit*

Die Rentabilität von Lobby-Tätigkeit ist — nicht überraschend — nirgends dokumentiert. Allein aus der Tatsache, dass rational agierende Unternehmen grossen Aufwand treiben lässt sich schliessen, dass es sich lohnt.

Aus den wenigen Angaben, die erhältlich sind, schliesse ich, dass es Lobby-Aufwand eines der besten Investitionen für viele Firmen sind. Die Aufwendungen sind im Verhältnis zum Umsatz sehr gering, der Effekt wohl oft sehr gross; keine Überraschung, dass der Lobbyismus als Branche stark wächst.

### *Aufwendungen von Firmen in Brüssel*

Die Lobby-Tätigkeit in der EU scheint stärker reguliert und es werden die Aufwendungen erfasst. für 2022 sind drei IT Unternehmen mit je 6 Mio Euro ausgewiesen<sup>43</sup>.

### *Politiker verkaufen Interventionen*

Ein üblicher Fall: Politiker helfen Freunden ihre Geschäfte ohne Schwierigkeiten abzuwickeln. Die Schwierigkeiten sind manchmal *dumme gesetzliche Regeln*, die einem guten Geschäft im Weg stehen. Meistens werden die Interventionen nicht öffentlich. <sup>44</sup>

*Aufwendungen von Gebrüder Koch in USA* Die Brüder Koch waren in der USA sehr einflussreiche Mäzene mit einem Interesse an libertärer Politik<sup>45</sup> und Eigentümer grosser Firmen im Erdöl-Geschäft. Die Firma hat grosse Busen für Umweltvergehen aufgefasst<sup>46</sup> <sup>47</sup>.

Sie hätten in zehn Jahren 250 Mio USD für politische Einflussarbeit ausgegeben<sup>48</sup>, das wären 25 Mio USD pro Jahr. Dem stehen allein Busen im Umweltbereich von 100 USD pro Jahr gegenüber. Anders überlegt: Koch Industries haben 2012 10 Mia USD Umsatz gemacht, der Aufwand für Lobbyarbeit macht also gerade 0.25% des Umsatzes aus<sup>49</sup>.

### *Besteuerung von Immobilien*

#### Besteuerung von Immobilien

Die Schlupflöcher für die Vermeidung von Steuern sind so nützlich und die Verschiebbarkeit von Kapital und Gewinn für Grossfirmen und sehr reiche Privatpersonen so einfach, dass diese kaum Steuern zahlen. Nicht verschiebbar sind Immobilien und können vor dem Fiskus auch kaum verheimlicht werden<sup>50</sup>.

In Österreich werden Steuern auf Immobilien als politisch unmöglich angesehen, weil nur die Besteuerung von Landwirtschaften und der *Häuslebauer*<sup>51</sup> diskutiert wird - und diese beiden Gruppen gehören zur Kernwählerschaft der konservativen Parteien, die Belastungen ihrer Klientel vermeiden kann.

<sup>43</sup> Apple, Meta, Google, die Angaben beruhen auf freiwilligen Schätzungen der Firmen im [Transparenzregister] ([https://commission.europa.eu/about-european-commission/service-standards-and-principles/transparency/transparency-register\\_de](https://commission.europa.eu/about-european-commission/service-standards-and-principles/transparency/transparency-register_de)). Zum Vergleich: Umsatz Apple 2022 nahe 400 Mia USD, in Europa knapp 100 Mia Euro.

<sup>44</sup> In Österreich ist ein Fall aufgefliegen, bei dem auf Video dokumentiert ist, wie ein zukünftiger Minister einer angeblichen russischen Oligarchin Einfluss auf zukünftige Entscheidungen versprochen hat und dafür eine lächerlich geringe Unterstützung für seine Partei gefordert hat. Wäre der Deal zustande gekommen, wäre der *return on investment* weit über 1: 100 gelegen. Diskutiert wurde Privatisierung des Trinkwassers, Übernahme Boulevard Zeitung, etc, [<https://taz.de/Ibiza-Affäre-in-Österreich/!5760714/>]

<sup>45</sup> Schlagworte: schlanker Staat, geringer Steuerlast, wenig Einmischung, besonders nicht in Umweltschutz

<sup>46</sup> Zwischen 1999 und 2003 um 400 mio USD. Loder, Asjlyln; David Evans (October 3, 2011). "Koch Brothers Flout Law With Secret Iran Sales". Bloomberg Markets Magazine. Archived from the original on October 5, 2011. Retrieved October 5, 2011.

<sup>47</sup> for details

<sup>48</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Charles\\_G.\\_Koch](https://de.wikipedia.org/wiki/Charles_G._Koch)

<sup>49</sup> Also etwa die immer wieder beschworene Portokasse!

<sup>50</sup> Fast in allen Ländern existieren ziemlich vollständige Kataster, in denen die Liegenschaften ausgewiesen werden.

<sup>51</sup> Einfamilienhausbesitzer mit kleiner Immobilie.

Dass in Österreich Immobilienbesitz stark ungleich verteilt ist, scheint nicht Allgemeinwissen zu sein - aber die Gruppen, die viel Immobilien haben – Kirche und Adel – haben jedenfalls viel politischen Einfluss.

Die eigentlich notwendige Steuer auf Immobilien, die einen Ausgleich zur hohen Belastung auf Lohn bringen könnte<sup>52</sup> ist damit unmöglich.

<sup>52</sup> und damit die Lohnnebenkosten reduzieren würde

## *Narrative, die zur Verwirrung dienen*

Manche Narrative die weitherum bekannt sind, dienen eher der Verwirrung und Vernebelung. Sie verhindern, dass viele wirtschaftliche Zusammenhänge nicht erkannt werden.

Manche Narrative scheinen Sachverhalte gut zu beschreiben; bei genauerem Blick erweisen sie sich eher als Vernebelung als Klärung.

### *Wenn das Wasser steigt werden alle Schiffe gehoben*

Wenn das Wasser steigt werden alle Schiffe gehoben

Diese Redensart soll ausdrücken, dass in einer wachsenden Wirtschaft alle vom Wachstum profitieren. Es wird, zum Beispiel, angenommen, dass das Wachstum in der Dritten Welt der letzten Dekaden auch die untersten Schichten erreicht hat und ihre Situation verbessert hat.

Es wird, zurecht, nicht angenommen, dass alle gleichmässig vom Wirtschaftswachstum profitieren; statistische Untersuchungen zeigen, dass die Ungleichverteilung von Einkommen in wachsenden Wirtschaften meist zunimmt<sup>53</sup>. Ich kenne keine belastbaren Statistiken, die zeigen würde, dass Wachstum für die schwächsten in einer Wirtschaft starke positive Wirkung hat; das rasche Wachstum der grössten Vermögen weist eher darauf hin, dass die Eigentümer der grossen Vermöge auch den grössten Anteil am durch Wachstum produzierten Gütern hat.

Berichte in den Medien weisen auf die Belastung der Unterschicht hin. Die steigenden Preisen, die sich nicht im Index niedergeschlagen haben wurden bei Löhnen nicht ausgeglichen; die Preissteigerungen haben nun den Index erreicht aber ein Angleichen bei den Löhnen wird vor allem im öffentlichen Sektor als zu teuer abgelehnt.<sup>54,55</sup>

### *Erkannte Probleme können mit Regeln gelöst werden*

Erkannte Probleme können mit Regeln gelöst werden

Wann immer Politiker und Amateur-Politiker ein Problem sehen, schlagen sie augenblicklich ein neues Gesetz vor, das das Problem lösen wird. Scheinbar hat niemand bemerkt, dass wir seit Jahren Gesetze haben, die es verbieten, andere Menschen umzubringen<sup>56</sup>, Kinderpornographie zu verbreiten, innerorts schneller als 50 km/h zu fahren, etc. etc. und all dies trotzdem vorkommt und dann Polizei und Gerichte beschäftigt.

<sup>53</sup> Z.B. nimmt der Gini-Index zu.

<sup>54</sup> Dass die Staatseinnahmen mit der Inflation im Gleichschritt steigen, wird gerne vergessen; Staatsdefizite werden also nicht grösser, wenn die Inflation bei den Staatsangestellten ausgeglichen wird.

<sup>55</sup> Im UK wurde in den letzten Jahren Sparbudgets beschlossen, und dabei bevorzugt bei den Löhnen der öffentlichen Bediensteten gespart - das lohnt sich, da dies ein sehr grosser Anteil des Budgets ausmacht. Als Begründung dienten die hohen Kosten der COVID Pandemie. Insgesamt haben Krankenschwestern, Ärzte, Lehrer, etc. über die letzten Jahre 10 .. 20% ihres Reallohnes verloren. Beobachtbar ist die Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen, besonders im Gesundheitsbereich.

<sup>56</sup> In Österreich ist angeblich, als Verschärfung, das Umbringen von Polizisten *streng* verboten...

-clearpage -

Gesetze<sup>57</sup> sind meist mit Strafandrohungen verbunden<sup>58</sup>.

Gesetze können wirtschaftlich betrachtet werden<sup>59</sup>:

- was ist der Gewinn für den, der die Regel übertritt?
- wie gross ist die Wahrscheinlichkeit, dass er erwischt wird?
- wie gross ist die Strafe, bzw. der Aufwand, die Strafe abzuwenden?

Für die Allgemeinheit, die an der Einhaltung der Regel interessiert ist:

- wie gross ist der Aufwand, die Einhaltung zu kontrollieren?
- wie gross sind die Kosten, Übertretungen zu ahnden?

Es scheint, dass für den Übertreter die Kosten der Bestrafung multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit, dass er entdeckt wird, entscheidend sind und dass deshalb oft vom Gesetzgeber für nicht effektive Gesetze höhere Strafen vorgeschlagen werden; dies ist für Übertretungen mit geringer Wahrscheinlichkeit der Entdeckung im allgemeinen nicht effektiv. Ostrom<sup>60</sup> weist darauf hin, dass sozial effektive Strafen graduell, von leichter Warnung zu ernsthafter Bestrafung ansteigen sollten.<sup>61</sup>

Damit eine Verhaltensänderung in einer Gesellschaft erfolgt, muss die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung einer Übertretung hoch sein, so dass risiko-bereite Individuen sehr wahrscheinlich, aber anfänglich nicht prohibitiv bestraft werden und ihre Verhalten ändern.<sup>62</sup>

Regeln bedürfen einer Interpretation; es besteht ein grosses Interesse, eine Lücke in der Regel zu finden, wo eine Handlung ein Gewinn verspricht aber nicht sanktioniert ist. Das scheint in der Komplexität der heutigen Wirtschaftsrechtsetzung praktisch immer möglich - oft unter Ausnutzung der Differenzen zwischen nationalen Regelungen.

### *Finanzkrisen als Anwendung*

Finanzkrisen sind regelmässige Begleiter des Bankensystems, oft mit katastrophalen Folgen für die Allgemeinheit. Scheinbar wird nach jeder Katastrophe erkannt, welche Fehler diese ausgelöst haben und die Regeln *verbessert*.

Die Hoffnung, dass *bessere Regeln* eine Katastrophe verhindern, stirbt zuletzt; die nächste Katastrophe kommt bestimmt, die dann erneut mit einer neuen, *verbesserten verbesserten* Regel in Bann geschlagen wird.

Sprachlich formulierte Regeln erlauben in einem komplexen System immer Interpretationen, an die niemand gedacht hat und die ausgenutzt werden können. Regeln zu *verbessern* durch Erhöhung der Komplexität kann nicht zum Ziel führen.

Schlefer<sup>63</sup> zitiert Adam Smith<sup>64</sup>, der schon 1776 die Gefahren für das System von Banken gesehen hat und der vor hohen Bankzinsen gewarnt hat<sup>65</sup>, denn zu solch hohen Zinsen würden Banken nur an

<sup>57</sup> Allgemein Regeln in natürlicher Sprache formuliert als Anweisungen, wie man sich zu verhalten habe

<sup>58</sup> Imperfekte Gesetze ohne Strafandrohung sind m.M. Fehler im Gesetzgebungsprozess und tauchen öfters in Gesetzen, die Parteien oder Politikern Regeln auferlegen...

<sup>59</sup> **redTapePaper**

<sup>60</sup> **ostrom1990governing**

<sup>61</sup> Was z.B. mit einem Punkte-Abzug im Führerschein erreicht wird, was erstaunlicherweise in Italien die Schnellfahrer auf der Autobahn deutlich verringert hat.

<sup>62</sup> Die in Gesetzen festgelegten maximalen Strafen sind für globale Firmen nicht störend und werden als *Kosten dieses Geschäftes* in Kauf genommen. Zunehmend wird auf Bussgelder ausgedrückt in Prozenten des weltweiten Umsatzes abgestellt; Facebook hält im Moment den Rekord mit einer Strafe von 2.4 Mia Euro. Im Strassenverkehr wird auf das Einkommen oder – einfacher und abschreckender – auf den Listenpreis des Fahrzeuges – abgestellt, um zu vermeiden, dass Reiche Übertretungen der Höchstgeschwindigkeit aus der Portokasse bezahlen.

<sup>63</sup> **Schlefer2012**

<sup>64</sup> **Smith1993**

<sup>65</sup> 8..10 Prozent war erlaubt damals.

Angeber und Wichtigmacher leihen und die Spekulation würde dann zu Bank-Zusammenbrüchen führen führen.

In den USA wurde um 1980 unter Carter and Regan und dann unter Clinton 1999 Regelungen des Bankgeschäftes inklusive der Trennung von Kreditgeschäftes mit Privatkunden von Investmentbanking zurückgenommen<sup>66</sup>; in folge brach die *Savings-&-Loan* Krise<sup>67</sup> 1985 aus<sup>68</sup>. Darauf folgte die *dotcom* Blase, die 2000 in den USA platzt, und schliesslich die weltweite Finanzkrise<sup>69</sup> 2007.

Die Krisen scheinen den Deregulierungsschritten mit einer Verzögerung von 5..8 Jahren zu folgen: genug Zeit um profitable Lücken zu finden und so lange auszureizen, bis es zum Kollaps kommt.<sup>70</sup>

### *Technologiefirmen produzieren die Innovationen, die uns weiterbringen*

Technologiefirmen produzieren die Innovationen, die uns weiterbringen

Die grossen Technologiefirmen<sup>71</sup> werden als Quelle der Innovation gesehen. Ihr kommerzieller Erfolg, der sich in ihrer scheinbar immer aufwärts bewegenden Beurteilung an den Aktienmärkten ausdrückt, wird auf Erfindergeist, Fähigkeiten zu Nutzung von IT, die wertvolle Dienstleistungen zu praktisch keinen Kosten erlauben.<sup>72</sup>

Diese bewunderten Firmen und ihre Ableger,<sup>73</sup> die erfolgreich immer wieder neue, unerhörte und unerwartete Produkte schaffen, scheinen neue Reichtümer für eine neue Elite zu schaffen. Klassische Firmen, die altmodische Produkte seit vielen Jahren regelmässig und verlässlich produzieren werden von den Börsen links liegen gelassen; ihr Wert, gemessen an der Börsenkapitalisierung<sup>74</sup> ist viel geringer als einer neuen Firma, die mit grossen Erwartungen auf den Markt getreten ist und noch nie Gewinn gemacht hat - aber viel versprechend scheint.<sup>75</sup>

Unglücklicherweise ist dieses Narrativ falsch.

Erstens beruht die Einschätzung auf *hype*, indem mögliche zukünftige Gewinne zu Grundge gelegt werden, über deren Chancen fast gar nichts bekannt ist. Zweitens schliesst die Liste der erfolgreichen Firmen, die mit Informationstechnologie neuen Reichtum schaffen, auch Starbucks und Amazon ein; Starbucks verkauft Kaffee und ist sehr erfolgreich damit - aber sicher nicht mit Informationstechnologie, Amazon ist ein Logistik-Unternehmen, dass das Internet geschickt nutzt. Diese **globalen** Firmen vermeiden in erster Linie, Steuern zu zahlen und, in zweiter Linie, vermeiden sie die Kosten von regulierten Arbeitskontrakten.

- Globale Firmen zahlen oft nur 2..3 % Steuern auf ihrem Umsatz, bei 20..30% Gewinn<sup>76</sup>, während traditionelle Firmen in vielen Ländern mit ungefähr 25% vom Gewinn besteuert werden. Eine Firma, die sich in diesem Ausmass Steuern spart, kann leicht viel mehr Gewinn ausweisen - und täuscht so vor, erfolgreicher zu sein als andere, die Steuern zahlen.

<sup>66</sup> Der sg. Glass-Steagal Act, der nach der grossen Bankenkrise 1929 erlassen wurde.

<sup>67</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Savings-and-Loan-Krise>

<sup>68</sup> Schaden 150 Mia USD, wovon 125 Mia USD von der öffentlichen Hand aufgebracht wurden.

<sup>69</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Weltfinanzkrise\\_2007%E2%80%932008](https://de.wikipedia.org/wiki/Weltfinanzkrise_2007%E2%80%932008)

<sup>70</sup> Zwischen Gesetzesänderung und Krise liegen glücklicherweise auch mehr als 4 Jahre, so dass die für die Änderung verantwortlichen Politiker und diejenigen, die dann die Krise lösen müssen, nicht die gleichen sind.

<sup>71</sup> Microsoft, Alphabet - d.h. Google, Apple

<sup>72</sup> In den meisten Fällen beruht die Beurteilung an der Börse auf einer zukünftigen Kurs und allenfalls Gewinnerwartung - meist in Erwartung, dass die Firma eine Monopolstellung erreicht und ausnützen kann.

<sup>73</sup> Facebook, Instagram, Twitter, Tinder

<sup>74</sup> Das ist der Wert aller Aktien einer Gesellschaft zum gegenwärtigen Börsenkurs; theoretisch würde man alle Aktien der Firma, das wäre die ganze Firma, zu diesem Betrag kaufen können.

<sup>75</sup> Als Beispiel zufällig herausgegriffen: *Tinder* hatte 2020 eine Börsenkapitalisierung, die knapp über der von *Ford Motor* lag. Inzwischen hat *Tinder* an Kurs verloren und ist nur noch ein fünfteil von Ford wert. Auf den Ford Aktien wird eine nette Dividende ausgeschüttet, bei *Tinder* o.

<sup>76</sup> Beispiel Alphabet 2019

- Moderne globale Firmen vermeiden, viel Personal anzustellen sondern lagern Dienstleistungen, die Personaleinsatz erfordern an andere Unternehmer aus, die dann Verträge mit Personen abschliessen, die als *selbständige Unternehmer* angesprochen werden. Dies sind keine Arbeitnehmer und damit greift der Schutz des Arbeitsrechtes nicht: keine Ferien, keine Überstundenzuschläge, keine Minimallöhne, Sozialabgaben sind Sache des Vertragsnehmers, etc.. Deutlich billiger für das Unternehmen, schwierig für den Arbeitnehmer und dem Staat entgehen auch hier die Zahlungen für Sozialabgaben. Wann immer solche *Scheinselbständige* gerichtlich untersucht wurden, kamen die Gerichte zum Schluss, dass es Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes sind, und dass die üblichen, für den Arbeitgeber teuren, Regeln gelten. Auch für IT Firmen, wie für alle andern – aber erst, nachdem geklagt und eine höchstrichterliche Entscheidung in einem Land gefallen ist.

Mir scheint, dass die Innovation der globalen Firmen vor allem im Einsparen von Steuern und Abgaben einerseits und Reduktion von Personalkosten durch Arbeitsbedingungen, die in der industrialisierten Welt eigentlich als überwunden gelten. Damit ist es leicht möglich, durch *Innovation* grössere Gewinne als traditionelle Firmen zu erreichen.

### *Besteuerung nach Leistungsfähigkeit*

#### Besteuerung nach Leistungsfähigkeit

In den meisten Ländern gilt der Grundsatz, dass die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen zu bemessen sei, was fast immer als Bemessung nach dem Einkommen interpretiert wird<sup>77</sup>. Aus diesem Grundsatz, der oft in der Verfassung festgelegt ist, folgt eine Steuergesetzgebung, die angibt, wie die Leistungsfähigkeit, zu bestimmen ist und ein Steuertarif, progressiv gestaltet wird<sup>78</sup>.

Ein Steuersystem muss vereinfachen; in den meisten Ländern wird die Leistungsfähigkeit mit dem Einkommen erfasst und es werden Abzüge für die familiäre Situation gemacht.<sup>79</sup>

Die Abgrenzung des Einkommens von notwendigen Aufwendungen zur Erzielung dessen, die in Abzug gebracht werden dürfen und einer notwendigen Pauschalierung solcher Abzüge, bzw. deren Dokumentation, erfordert umfangreiche Regeln, bringt Aufwand für den Steuerpflichtigen und, natürlich auch, Möglichkeiten der Steuervermeidung von denen die Gilde der Steuerberater gut lebt<sup>80</sup>.

Die Besteuerung von selbständigen Unternehmer erlauben sehr viel weitergehende Verschiebungen von Einkommen in weniger stark oder steuerfreie Formen<sup>81</sup>

Steuervermeidung hat fixe Kosten<sup>82</sup> und sich nur für Steuerpflichtige mit hohem Einkommen lohnen. Darum ist der effektive Steuersatz für hohe und höchste Einkommen typischerweise viel geringer als der *offizielle* Satz; Berichte, dass die *ganz Reichen* nur wenige Prozent Steuern zahlen, während das Gross der Bevölkerung zwischen 1/3

<sup>77</sup> Und wohl auch muss - was wären Alternativen: nach Konsum? nach Reichtum?

<sup>78</sup> D.h. mit zunehmendem Einkommen steigt der prozentuale Steuerbetrag.

<sup>79</sup> Die Einkommen verheirateter Paare werden mancherorts zusammen gerechnet und an andern einzeln besteuert ohne dass ich ein schlüssiges Argument für die eine oder andere Lösung sehe; jede Form erlaubt in manchen Fällen ungerechtfertigte Verminderungen der Steuerlast.

<sup>80</sup> Solange die Tätigkeit des Steuerberaters durch Ausnützen der Regeln mehr bringt als er kostet, ist er sein Geld wert. Anders gesagt, Regeln, die Steuern vermeiden helfen, bringen den Steuerberatern höchstens soviel wie dem Fiskus entgeht.

<sup>81</sup> Z.B. Nutzung und Bezahlung von Leistungen als Firmenaufwendungen.

<sup>82</sup> z.B. durch Auslagerung von Gewinnen in Firmen in Länder mit niedrigerem Steuerfuss.

und 1/2 des Einkommens abliefern<sup>83</sup>

### *Steuern sind progressiv*

Steuern sind progressiv

Ein Steuersystem muss progressiv sein, damit es als *fair* gilt: diejenigen, denen es besser geht müssen mehr, auch anteilmässig mehr leisten<sup>84</sup>. Einkommenssteuersysteme sind darum so gestaltet, dass der Steuersatz mit Zunahme des Einkommens auch steigt, bis zu einem Maximum<sup>85,86</sup>. Mindestens in der Theorie.

Faktisch sind Steuersysteme in den meisten Ländern degressiv: Reiche zahlen weniger, oft auch prozentual weniger, als ärmere. Die grösste Last tragen die mittleren, häufigen Einkommen. Wenig verdienende zahlen zu recht weniger, Reichen hingegen gelingt es, die vielen Möglichkeiten Steuern zu vermeiden, die sich nur bei grossen Einkommen anwenden lassen, auszunützen.<sup>87</sup>

Die Verwirrung entsteht durch die Publikation von Grenzsteuersätzen und deren Anwendbarkeit, die eine progressive Steuer beschreiben und dann verschweigen, dass Sozialversicherungsabzüge, die ebenso mit dem allgemeinen Staatsbudget vermischt werden, nicht berücksichtigt wurden. Die Sozialversicherungsabzüge<sup>88</sup> sind aber in vielen Ländern gedeckelt, d.h. werden nur bis zu einem bestimmten Einkommen bezogen<sup>89</sup> was dann die Belastung durch Abgaben an den Staat insgesamt degressiv macht.

Die Mehrwertsteuer<sup>90</sup>, ein anderer grosser Teil der Steuerlast, ist degressiv, weil zwar untere Einkommensschichten von niedrigeren Sätzen auf Lebensmittel etc. profitieren, aber vor allem höchste Einkommensschichten einen grösseren Teil des Einkommens sparen können und auf diesem Teil keine Mehrwertsteuern<sup>91</sup> anfallen.

Insgesamt werden die Leistungen, durch die Konstruktion des Steuerrechtes in so hohem Mass von Lohnsteuer getragen, und dass

- Erbschaftssteuer,
- Besteuerung von Immobilien<sup>92</sup>,
- zusätzliche "Reichensteuer" auf Einkommen oder
- Vermögenssteuer<sup>93</sup> wenig bringt.

### *Trennung Lohnsteuer, Lohn-Nebenkosten und Sozialabzüge*

Trennung Lohnsteuer, Lohn-Nebenkosten und Sozialabzüge

In Österreich werden dem Arbeitnehmer vom ihm bekannten Bruttolohn automatisch die Lohnsteuer und die Sozialabzüge abgezogen und er erhält den Nettolohn ausbezahlt. Die Lohnnebenkosten, die der Arbeitgeber trägt, inklusive seinem Anteil an den Kosten den Sozialleistungen, ist dem Arbeitnehmer meist nicht bekannt.

Der Sache nach sind nur zwei Grössen hier von Wichtigkeit:

- der Nettolohn, der dem Arbeitnehmer ausbezahlt wird, und
- die gesamten Kosten, die dem Arbeitgeber aus der Beschäftigung dieses Arbeitnehmers entstehen. Genau diese beiden Grössen

<sup>83</sup> Je nachdem ob Pensionskassen, Krankenversicherung, Konsumsteuern etc. eingerechnet wird oder nicht.

<sup>84</sup> Dieser Grundsatz wird wohl mit abnehmendem Grenznutzen von Einkommen und Vermögen und gleichem Verlust von Nutzen durch Steuerzahlen begründet.

<sup>85</sup> Meist als maximaler Grenzsteuersatz ausgebildet ist, d.h. nur für die Teile des Einkommens über einer Grenze anzuwenden sind. Der durchschnittliche Einkommenssteuersatz liegt immer darunter.

<sup>86</sup> Das amerikanische Steuersystem sah bis Reagan 1986 einen maximalen Grenzsteuersatz von 91% vor, was 2020 ganz unvorstellbar scheint! [https://en.wikipedia.org/wiki/Internal\\_Revenue\\_Code#Internal\\_Revenue\\_Code\\_of\\_1986](https://en.wikipedia.org/wiki/Internal_Revenue_Code#Internal_Revenue_Code_of_1986)

<sup>87</sup> Die fixen Kosten solcher Schlupflöcher sind nicht unwesentlich und nur für die 0.1% Reichste, das sind Jahreseinkommen von 500,000 Euro in Deutschland lohnend.

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/steuern-multimillionaere-koennen-steuerlast-weit-unter->

<sup>88</sup> In Österreich 40%, ungefähr halb-halb Arbeitgeber und Arbeitnehmer

<sup>89</sup> Österreich 2023 80,000 Euro

<sup>90</sup> In Österreich ist die Umsatzsteuer genannte Abgabe 2023 20%.

<sup>91</sup> und dafür auch noch andere Vergünstigungen bei der Einkommenssteuer gelten.

<sup>92</sup> Diese macht in den USA einen erheblichen Teil aus; ich habe um 1990 etwa 1/4 meiner Steuern als Steuer auf der Immobilie bezahlt.

<sup>93</sup> Österreich hat 700 Mia Euro Geldvermögen, bei einer durchschnittlichen Besteuerung von 1% ergibt das 7 Mia, verglichen mit 70 Mia, die aus Lohnsteuer und Sozialabgaben lukriert werden.

sind dem Arbeitnehmer bei Lohnverhandlungen, bei denen über Bruttolöhne gesprochen wird, nicht bekannt.

Die Aufteilung in Kosten die dem Arbeitnehmer offen abgezogen und andere, die der Arbeitgeber versteckt trägt, ist überflüssig, erlaubt aber unnötige Verhandlungen ob eine Leistung der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer zu tragen hat.

Die Aufteilung der Abzüge in Steuern und Sozialabzüge verschleiert, dass beides in die Kasse des Staates wandert und nur in verschiedenen Titeln des Budgets aufgeführt wird. Das Defizit aus Sozialleistungen wird vom normalen (Steuerfinanzierten) Budget getragen.<sup>94</sup>

### *Steuertarif und Ausnahmen*

#### Steuertarif und Ausnahmen

Der komplizierte Steuertarif<sup>95</sup> hat zumindest in Österreich ein einfaches Ziel: Verwirrung und Unmöglichkeit der Änderung. Die Regierung Reagan hat 1986 eine vollständige Neufassung des Steuerrechtes der USA erreicht - unter Abschaffung vieler Ausnahmeregeln, Abzügen aber auch der höchsten Steuersätze. Ob eine ähnliche Herkulesaufgabe heute noch zu schaffen wäre?

Es ist praktisch nicht möglich, über Steuersachverhalte anschaulich zu berichten, weil alles auf den Einzelfall ankommt. Ausnahmen und Abzüge sind unlogisch aber erfolgreich mit Vorteilen für bestimmte Wählergruppen verbunden, so dass jede etwas zu verteidigen hat.<sup>96</sup>

Es ist, dank einem falsch verstandenen Schutz der Privatsphäre, nicht möglich, die Steuerbeladung, bzw. die Steuerbefreiung, durch die Steuerbehörde zu überprüfen<sup>97</sup>; aus Chats von hohen Beamten mit rasch zu Reichtum gekommenen, politisch bestens vernetzter Personen wurden Details von Rabatten und grosszügigen Auslegungen bekannt; eine systematische Kontrolle von aussen ist, zumindest in Österreich nicht möglich.

<sup>94</sup> In Österreich ist die Vernebelung weiter getrieben worden: die Besteuerung des 13. und 14. Gehaltes, das alle 3 Monate zu Hälfte ausbezahlt wird, erfolgt mit unterschiedlichen Sätzen, ähnlich wie die Besteuerung von Überstunden.

<sup>95</sup> <https://steuermythen.de/wp-content/uploads/Mythos14.pdf>

<sup>96</sup> Politisch ist durch eine grosszügige Streuung von Steuerabzugsmöglichkeiten der Steuertarif praktisch nicht zu ändern; jeder hat etwas zu verteidigen, und sei es noch so unbedeutend.

<sup>97</sup> In manchen Ländern sind die Steuer Register öffentlich, so dass es leicht ist, zu überprüfen ob eine Person oder Firma eine Steuermässigung erreicht hat. In einer laufenden Untersuchung soll abgeklärt werden, welche in welchen Ländern Steuerdaten öffentlich sind [<https://www.ifo.de/projekt/2018-09-01/transparenz-das-steuergeheimnis-im-internationalen-ver>]

## *Wichtige Themen, die Aufmerksamkeit verdienen würden*

Ich behaupte immer wieder, dass die öffentliche Diskussion durch Themen, die meiner Meinung nach wenig wichtig sind, dominiert wird und andere Themen nicht zum Zug kommen. Was sind diese?

Ich behaupte immer wieder, dass die öffentliche Diskussion durch Themen, die meiner Meinung nach wenig wichtig sind, dominiert wird und andere Themen nicht zum Zug kommen. Was sind diese?

### *Korruption*

Korruption

wird nur immer als Einzelfall behandelt, nie systematisch und begründet warum nicht. neid-narrativ statt gemeinwohl

### *Falsche Ernährung*

Falsche Ernährung

Kommerzielle Interessen beeinflussen die Ernährung der westlichen Gesellschaft in einer Richtung, die zu gesundheitlichen Schäden führt und das Gesundheitssystem an seine Grenzen bringen wird.

Summarisch essen Menschen in den reichen Ländern

- Zuviel Fleisch
- Zuviel Zucker, Fett, Salz, was als Geschmacksverstärker wirkt.

Kommerziell interessiert sind

- die Fleisch produzierende Industrie, inklusive der Futtermittel Anbau (Soja),
- die Lebensmittelhandel und die Lebensmittel herstellende Industrie,
- Restaurants
- Pharma
- Schlankheits-Anbieter

*Schulsystem*

Schulsystem

*Einfluss von Geld auf das politische System*

Einfluss von Geld auf das politische System

*Privatisierung öffentlicher Güter*

Privatisierung öffentlicher Güter

*Zerstörung sozialer Systeme*

Zerstörung sozialer Systeme

# *Inflation wird zum dominanten Narrativ*

Inflation ist im Frühling 2023 zum dominanten Thema der internationalen politischen Diskussion geworden. In der Berichterstattung fehlt mir aber der theoretische Hintergrund und die Vorgeschichte. Das soll hier nachgeholt werden.

Anfangs 2023 ist plötzlich Inflation auf den Titelseiten der Zeitungen erschienen und beherrscht nun die Diskussion in den meisten europäischen Länder und den USA.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine unter Einsatz der Energieexporte aus Russland nach Europa als Waffe, haben die Marktpreise für Gas und dann auch für Erdöl und schliesslich für Elektrizität stark erhöht. Diese Preiserhöhungen scheinen anderen Marktteilnehmer als Signal für Preiserhöhungen gedient zu haben. Diese Preiserhöhungen sind 2022 in die nationalen Preisindizes eingeflossen.

Die Preiserhöhungen sind beim Einkauf fühlbar und damit zu einem Thema des politischen Diskurses geworden. Die Politiker scheinen den Preiserhöhungen ziemlich hilflos gegenüber zu stehen. In der Diskussion fehlt mir der theoretische Unterbau und die Vorgeschichte der gegenwärtigen Ereignisse.

## *Landläufiger Begriff der Inflation*

Landläufiger Begriff der Inflation

Eine Definition des englischen Wortes Inflation gibt drei Erklärungen des Begriffes im Bereich der Ökonomie:

1. An increase in the **quantity** of money, leading to a devaluation of existing money.
2. An increase in the general level of prices or in the **cost of living**.
3. A **decline in the value of money**.<sup>98</sup>

<sup>98</sup> <https://en.wiktionary.org/wiki/inflation>

Die alltägliche Diskussion meint meist die zweite Erklärung *Preissteigerung* und *Anstieg der Lebenshaltungskosten*. Diese Definition liegt den nationale Messungen der Inflation als Preissteigerung<sup>99</sup> zu Grunde und wird in Schlagzeilen publiziert.

Unterschwellig klingt die vierte Definition an, die auf die Erfahrung der Hyperinflation nach dem ersten Weltkrieg anspielt. Was in der öffentlichen Diskussion erstaunlicherweise meist fehlt, ist die zweit Definition, die auf den wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation verweist.

<sup>99</sup> Meist ausgedrückt als prozentuale Steigerung gegenüber dem Vorjahr; wird in vielen Ländern monatlich erhoben.

## *Theoretischer Unterbau*

### Theoretischer Unterbau

Die Wirtschaftswissenschaften studieren Inflation und deren Ursachen seit vielen Jahren. Inflation wird im Rahmen der Marktwirtschaft als durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage entstehend beschrieben<sup>100</sup>: Wenn einem geringen Angebot eine grössere Nachfrage gegenübersteht erhöhen sich die Preise.

Die Inflation kann durch

- erhöhte Nachfrage, wenn die Konsumenten mehr Güter kaufen wollen, als am Markt angeboten werden, oder
- Erhöhung der Preise, durch die Produzenten, die durch höhere Kosten der Produktion dazu gedrängt werden, entstehen.

Ein älterer Erklärungsansatz nimmt an, dass eine Zunahme der Geldmenge - bei sonst gleichbleibender Situation<sup>101</sup> zur Inflation führt.<sup>102</sup> Populär ausgedrückt: wenn Geld in *Hülle und Fülle* vorhanden ist, so ist es weniger wert.

<sup>100</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Inflation>

<sup>101</sup> Die bei Wirtschaftswissenschaftler beliebte und meist notwendige *ceteris paribus* Einschränkung.

<sup>102</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Quantit%C3%A4tstheorie>

-clearpage -

### Messung der Inflationsrate

Die Messung von Inflation ist schwierig. Ziel ist, die Geldentwertung objektiv zu messen - entscheidend für das Ergebnis ist aber, welche Güter dabei berücksichtigt werden. Es gibt verschiedene Indices und die Berechnungen sind den nationalen Statistischen Zentralämtern übertragen.<sup>103,104,105,106</sup>

<sup>103</sup> Was zu unterschiedlichen Inflationsraten für verschiedene Länder führt und Anlass Unterschiedliche Ergebnisse zu erklären, gibt; in Österreich fragt man, warum die Inflation hier höher ist, als in Deutschland.

<sup>104</sup> Für die Bestimmung wird ein **Warenkorb** definiert, der dem üblichen Konsum einer Familie entsprechen soll und dann werden regelmässig die Preise für die Güter in diesem Warenkorb erhoben. Aus den Differenzen zum Vorjahr ergibt sich dann die Inflationsrate. Der deutsche und der österreichische Warenkorb enthalten nicht die gleichen Güter zu gleichen Teilen, in Österreich ist der Bereich Gaststätten und Beherbergung stärker vertreten als in Deutschland, was meist als Begründung für den momentan höheren Anstieg in Österreich akzeptiert wird.

<sup>105</sup> Es gibt einen *harmonisierten Verbraucherpreisindex* der für die EU und den Euroraum monatlich publiziert wird [<https://ec.europa.eu/eurostat/web/hicp>]. Dieser weist für Deutschland 7.6% und für Österreich 9.6% im April 2023 aus.

<sup>106</sup> Für die Bestimmung der **Kerninflation** werden Energie und Lebensmittel bei der Bestimmung der Inflationsrate ausgeschlossen, weil diese stärker schwanken und im wesentlichen nicht im betrachteten Land entstehen. Die Kerninflation wird deshalb beim Entscheid für geldpolitische Massnahmen der Zentralbanken herangezogen um kurzfristige und externe Einflüsse bei der Entscheidung auszuschalten. [<https://de.wikipedia.org/wiki/Kerninflation>]

-clearpage -

Eine *Vermögenspreisinflation* kann auch erhoben werden. Sie misst die Preissteigerung für Vermögenswerte, die in den allermeisten Preisindices nicht enthalten sind.<sup>107</sup> Sie ist politisch wesentlich weniger populär, wie sich gleich zeigen wird.

## Geldpolitik

### Geldpolitik

Die Geldpolitik der Zentralbanken<sup>108</sup> sind für die Geldmarktpolitik zuständig. Sie versuchen, die Inflationsrate gleichmässig auf etwas 2 % zu halten.<sup>109</sup> Es wird angenommen, dass diese geringe Inflation die Funktion des Arbeitsmarktes in einer Rezension erleichtert.<sup>110,111</sup>

Die Zentralbanken beobachten die Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere die Inflation, die Arbeitslosenrate etc. und legen den Basiszinssatz und Anforderungen an minimale Reserven der Banken bei der Zentralbank fest. Die meisten übrigen Zinssätze werden dann als Aufschläge auf diesen Basiszinssatz festgelegt<sup>112</sup>.

## Theoretischer Zusammenhang zwischen Geldmenge, Leitzins und Inflation

Theoretischer Zusammenhang zwischen Geldmenge, Leitzins und Inflation

Wenn Zinssätze niedrig sind, also Geld *billig* ist, so werden mehr Investitionen getätigt, weil mehr Investitionen sich für den Investor rechnet<sup>113</sup>. Zentralbanken nehmen an, dass niedrige Zinsen Investitionen fördern und damit die Konjunktur ankurbeln und hohe Zinsen sie bremst. Solange die Inflationsrate unter dem Ziel liegt, sind niedrige Zinsen angesagt; wenn die Inflationsrate den Zielwert überschreitet, können Zinsen erhöht werden, um die Wirtschaft zu bremsen und die Inflation zu reduzieren. – Soweit die Theorie.

Niedrige Zinssätze erhöhen die Geldmenge. Ist der Zinssatz bereits Null, so sind negative Zinsen wenig geeignet, die Geldmenge auszuweiten und die Zentralbanken haben nach der Weltwirtschaftskrise 2008 andere Instrumente zur Ausweitung der Geldmenge angewandt.<sup>114</sup>

Die Geldmenge wird von den Zentralbanken gemessen; am relevantesten scheint **M3**<sup>115</sup>. Sie wächst seit 2000 kontinuierlich:

- in Europa M3: 1995: 3,7, 2008: 9,4, 2020: 13, 2022: 16 · 10<sup>12</sup>;
- in den USA M2: 1995: 4 · 10<sup>12</sup>, 2019: 15, 2021: 21<sup>116</sup>.

## Entwicklung 2000 bis 2020

### Entwicklung 2000 bis 2020

Um negative Effekte der beiden Finanzkrisen 2000 und 2008 im Schach zu halten, haben die Zentralbanken in diesen beiden Dekaden die Zinsen sehr niedrig gehalten und die Geldmenge entsprechend

<sup>107</sup> Ein [Index der Vermögenspreise](#) wird von einem von einer Fonds Verwaltungsgesellschaft abgespaltenen Institut publiziert.

<sup>108</sup> Besonders die europäische Zentralbank und die U.S. Federal Reserve System, kurz *the Fed*

<sup>109</sup> TODO Belegen

<sup>110</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Inflation#Steuerung>

<sup>111</sup> Produziert bei Sparern auch die Illusion eines positiven Sparzins, weil die meisten Menschen nicht die Inflation vom Zins auf dem Sparbuch abziehen und dann feststellen, dass der reale Zins negativ ist...].

<sup>112</sup> In 100stel Prozenten, sogenannten *basis points*.

<sup>113</sup> Effektiv sind Zinsen in der Überlegung ob sich eine Investition lohnt, Kosten; sind sie niedriger, lohnt sich die Investition eher.

<sup>114</sup> sog. *Open Market Operations*, die seit 2010 bei der EZB stark zugenommen haben.

<sup>115</sup> M3 schliesst Bargeld, Einlagen und Anteile an Geldmarktfonds mit Laufzeit bis zu 2 Jahren ein; die USA publizieren aber nur noch M2, weil angeblich die Entwicklung der beiden Grössen gleich verläuft - die publizierten Werte deuten aber jedenfalls bis 2006 auf starken Anstieg.

<sup>116</sup> <https://www.tagesgeldvergleich.net/statistiken/geldmengen.html#charts>

erhöht. Seit 2013 sind die nominellen Zinsen<sup>117</sup> unter 0.6 und seit 2015 negativ<sup>118</sup>.

Die EZB hat von 2008 den Zinssatz von 3.75% auf 0% gesenkt und bis 2016 dort belassen um die Wirtschaft anzukurbeln<sup>119</sup>. Es bestanden verschiedene Gefahren:

- Zusammenbrüche von Banken, die infolge unvorsichtiger Geschäfte zu Problemfällen wurden.<sup>120</sup>
- die Griechische Staatsschuldenkrise<sup>121</sup>. Griechenland wurde 2001 in die Eurozone aufgenommen, mit einem Bericht, der 2004 als falsch erkannt wurde.<sup>122</sup>  
2009 musste Griechenland seine Staatsverschuldenquote von 107% auf 129% BIP korrigieren und die laufende Verschuldung auf 12% BIP korrigieren. Diese Krise wurde durch Kredite der IWF und der EU von 153 10<sup>9</sup> Euro gelöst.<sup>123</sup>
- Staatspleiten, weil verschiedene Länder sehr hoch verschuldet waren und höhere Zinsen nur zu höherem Defizit und damit zu noch höherer Verschuldung führen würde<sup>124</sup>.

### Beobachtungen

Entgegen der Theorie, hat der niedrige Zinssatz kaum das erwartete Wachstum der Wirtschaft in der Eurozone ausgelöst. Experten weisen auf die Finanzwirtschaft, die offensichtlich einen grossenteils der neu geschaffenen Mittel absorbiert<sup>125</sup>. Immobilienpreise haben stark zugenommen<sup>126</sup>.

Weil die bereitgestellten Finanzmittel nicht sofort im Konsum sondern erst über den Umweg der Finanzwirtschaft in der Realwirtschaft angekommen sind, hat sich die Vergrößerung der Geldmenge bis 2021 nicht im Lebenskostenindex ausgewirkt. Die COVID Katastrophe hat während mehreren Jahre den Konsum behindert, einerseits durch extreme finanzielle Belastungen einzelner Konsumente<sup>127</sup> und durch Behinderung des Konsums<sup>128</sup>.<sup>129</sup>

Die Politik der Geldschwemme um Bankenpleiten abzuwenden und die nicht erfolgreichen Versuche, die Konjunktur mit niedrigen Zinssätzen anzukurbeln, hat zu einer deutlichen Vergrößerung der grossen Vermögen und einer Erhöhung der Vermögensungleichverteilung geführt.<sup>130</sup>

### Entwicklung ab 2022

#### Entwicklung ab 2022

Ab 2021 stieg die Inflationsrate in der Eurozone von ungefähr 1% rasch auf 5% im Januar 2022 an und stieg weiter auf 11% im Oktober 2022.

Zwei wahrscheinlich unabhängige aber gleichzeitig eintretende Ereignisse führten zu einem raschen Anstieg der Inflationsraten:

<sup>117</sup> d.h. Zins minus Inflation, auch Realzins genannt.

<sup>118</sup> <http://wko.at/statistik/eu/europa-zinsen.pdf>

<sup>119</sup> Besser, eine Rezension zu vermeiden.

<sup>120</sup> Insbesondere Banken in Irland 2013, Italien mehrere Fälle, etc.

<sup>121</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische\\_Staatsschuldenkrise](https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise)

<sup>122</sup> Wahrscheinlich hatten U.S. Banken wie Goldman Sachs und JP Morgan, Griechenland - und auch Italien - geholfen, ihre Staatsschulden zu verschleiern. [https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische\\_Staatsschuldenkrise](https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise)

<sup>123</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische\\_Staatsschuldenkrise](https://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise)

<sup>124</sup> Nach Verschuldung 2022 in % BIP: Griechenland 177%, Italien 145%, dann Portugal, Belgien, Spanien und Frankreich > 110% [[https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%A4nder\\_nach\\_Staatsschuldenquote](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Staatsschuldenquote)]

<sup>125</sup> Der DAX hat von Tiefststand 2003 bis 2020 verfünffacht, von 2500 auf 12,000 Zählern, ähnlich andere Börsenindex

<sup>126</sup> Hauspreise Deutschland zwischen 2010 und 2020 verdoppelt [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/70265/umfrage/häuserpreisindex-in-deutschland-seit-2000/>]

<sup>127</sup> Bei weitem nicht bei allen; bei vielen wurden durch staatliche Massnahmen Einkommensausfälle kompensiert und ihre Vermögen haben sich während der Krise vergrössert

<sup>128</sup> Verbot von Reisen, Schliessung von Gaststätten etc.

<sup>129</sup> Während der COVID Katastrophe wurden staatliche Hilfspakete geschnürt, die zusätzliche Begründungen für Geldmengenausweitung lieferten aber nicht sofort zu einer Verstärkung des Konsums und einem Anstieg der Inflationsraten führte.

<sup>130</sup> Wer über genug Kapital verfügt hat, konnte die Differenz zwischen den in der Realwirtschaft zu erreichenden 5 bis 10% Rendite und den Kosten von Krediten bei den Zentralbanken zu 0% ausnützen.

- Das Ende der COVID Einschränkungen<sup>131</sup> führte zu einer starken Konsum-Nachfrage, die aus angespartem Konsumverzicht der COVID Jahre finanziert wurde.
- Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 führte zu einer Verunsicherung und in Folge starker Preiserhöhungen für Gas und Erdöl.<sup>132</sup>

Die beobachtete Inflation veranlasste die Zentralbanken die Zinsen schrittweise zu erhöhen um die Nachfrage zu mindern oder die Geldmenge zu vermindern. Der Leitzins stieg im Juli 2022 erstmals auf 3.5% um dann weiter bis auf 3.75% im Mai 2023. Diese Zinssatzerhöhungen schlugen sich über Mietzinsenerhöhungen im Index nieder. Ähnlich wirken die Energiepreiserhöhungen indirekt auf die Produktionskosten vieler Güter, die in Folge auch erhöht werden. Untersuchungen 2023 zeigen aber, dass Firmen die Gelegenheit genutzt haben, genutzt haben, um ihre Gewinne zu erhöhen.

Die Teuerung, die beim Konsumenten ankommt, führt zum Verlangen nach Ausgleich in Lohnverhandlungen, was wiederum als höhere Kosten in die Preisfestsetzung eingeht und damit erneut den Index erhöht.<sup>133</sup>

Die erhöhten Zinsen brachten Kursverluste bei Anleihen. Banken, welche die niedrigen Zinsen ausgenutzt haben und geborgtes Geld zu Zinskosten 0% in festverzinsliche Anleihen mit höheren Zinsertrag angelegt haben, machten anfänglich ein gutes Geschäft auf Kosten der Zentralbanken; durch die Zinserhöhungen der Zentralbanken 2022 sind dann aber festverzinsliche Anleihen im Wert gesunken und die Banken in Schwierigkeiten geraten und mussten aufgefangen werden: Silicon Valley Bank als erstes Opfer.

### *Inflation als Thema in der Politik*

Inflation ist 2023 zum dominanten Thema geworden.<sup>134</sup> Es ist ein bequemes Thema, weil nationale Politiker meinen, dass sie nicht schuld sind und deshalb beliebige *Nicht-Lösungen* vorschlagen können.

Als Ursache wird die Steigerung der Energiepreise dargestellt und die hohen Mieten; dass die Mietzinsen steigen, wenn die Immobilienpreise gestiegen sind, ist scheinbar nicht bekannt, auch wenn schon eine weile diskutiert wird, dass die Wohnbaugenossenschaften hohe Preise für Bauland zahlen müssen.<sup>135</sup> Und dass Geldschwemme die Immobilienpreise angehoben hat, ist längst vergessen.<sup>136</sup> Hohe Kosten für Wohnungen erreichen in den Medien Aufmerksamkeit.<sup>137,138</sup>

### *Diskutierte Massnahmen*

Österreichische Politiker äusserten verschiedene Ideen, aber kaum welche die allenfalls die Inflation hätten reduzieren können:

- Ausgleich der Energie-Preiserhöhungen, für Haushalte und Industrie – was auf eine Finanzierung der Gewinne der Energiefirmen aus Steuerermitteln hinausläuft; ergänzend wurde vorgeschlagen

<sup>131</sup> Graduell wurden im Laufe 2022 die Einschränkungen bis auf Null reduziert.

<sup>132</sup> Wirtschaftssanktionen behinderten den Import und Russland drohte mit Stopp des Exports von Gas und Erdöl nach Europa. Der Preis von Erdgas und -öl, und durch Marktmechanismen auch eine rasche Steigerung der Elektrizitätspreise, schlug sich rasch im Konsumentenpreisindex nieder.

<sup>133</sup> Dass es schwierig ist, aus einer Inflationsspirale, die sich selbständig verstärkt auszubrechen, ist seit langem bekannt; dass aber nachdem Firmen ihre Gewinne durch Preiserhöhungen massiv aufge bessert haben nun Zurückhaltung bei den Arbeitnehmer bei Lohnverhandlungen einzufordern ist (1) zynisch und (2) theoretisch nicht begründet, weil Lohnabschlüsse nur vergangene Einkommensverluste wettmachen und damit nicht die Nachfrage erhöhen.

<sup>134</sup> In Österreich nur übertroffen von der Diskussion warum die Inflationsrate in Österreich höher ist als in Deutschland; wenn man die Differenz in der Arbeitslosenrate auch so intensiv diskutierten würde...

<sup>135</sup> Die Diskussion von Verzögerungen durch komplexe Bewilligungsverfahren, Einsprachen etc. ist beliebter, weil es zur Reduzierung der Anforderungen und damit zu erhöhtem Gewinn der Bauherrn führen könnte.

<sup>136</sup> Das Gedächtnis von Journalisten ist glücklicherweise noch kürzer als das der Politiker!

<sup>137</sup> Einzelfälle von Familien ohne grossen Verdienst, die eine neue Wohnung suchen oder mit einer grossen Kostensteigerung wegen höherer Energiepreise konfrontiert sind, sind spektakulär.

<sup>138</sup> Die Zinssteigerungen der Zentralbank erreichen die Bevölkerung erst mit Verzögerung: ein grosser Teil der Hypothekarkredite ist für einige Jahre mit fixiertem Zinssatz; erst bei der Erneuerung trifft der neue, höhere Zinssatz den Schuldner. Es wird erwartet, dass dies besonders im UK mit Hypotheken,

bei den in Österreich besteuerten Energiefirmen durch eine Steuer auf den Übergewinnen diese Auslagen zurückzuholen. Viel Administration, wenig Treffsicherheit und grosse *Reibungsverluste*.

-clearpage -

- Die Steigerung der Lebensmittelpreise könnte durch eine Reduktion der Mehrwertsteuer gebremst werden, wobei aber keine Gewissheit besteht, dass die Steuerminderung vom Handel an die Konsumenten weitergegeben wird.<sup>139</sup>
- Massnahmen zur Abfederung des Anstieges der Kosten für Wohnen<sup>141</sup> wurden nicht ernsthaft überlegt, weil einerseits die Stadt Wien mit Mietzins-Erhöhungen und Preissteigerungen selber preistreibend ist und andererseits die Regulierung des Wohnungsmarkts so undurchschaubar, dass keine vernünftigen und einfachen Lösungen denkbar sind.<sup>142</sup>

Auffällig war, dass weder Politiker noch die Medien die Ursache der Inflation in der Niedrigzinspolitik der Zentralbanken und damit der Geldschwemme seit 2000 sahen.<sup>143</sup>

<sup>139</sup> Der stärkere Anstieg der Lebensmittelpreise in Österreich im Vergleich mit Deutschland wurde diskutiert und die starke Konzentration des Lebensmittelhandels in Österreich<sup>140</sup> bemängelt; dass die Politik in der Vergangenheit der Zunahme der Kartellierung tatenlos zugesehen hat, wurde nicht erwähnt.

<sup>141</sup> Energie, Mietzinse und Kosten für Wasser, Abwasser und Abfallbeseitigung

<sup>142</sup> Möglicherweise treffen die zeitungswirksamen Geschichten nur wenige potentielle Wähler, arme Ausländer, und nicht die angestammte Wohnbevölkerung, die mit alten, und daher billigeren Mietverträgen wohnt.

<sup>143</sup> Das *Qualitäts*-Zeitungen, deren Einnahmen aus Inseraten durch die Konkurrenz von Google und der *social media* weggebrochen waren, weder genug noch gut bezahlte Mitarbeiter haben, die eine ernsthafte Recherche betreiben können, ist eine sehr indirekte Folge von IT.